

## Überprüfung Soziale Dienste (SDOL) 2025

# Bericht

### 0. Kurzfassung

*Inhaltlich* beschränkte sich die GPK aufgrund der umfassenden Reorganisation der SDOL in den Vorjahren auf die Prüfung des nunmehrigen Status der vom Gemeinderat am 4. Dezember 2018 beschlossenen Umsetzungsmassnahmen.

Dabei kann festgehalten werden, dass die Abteilung ausgezeichnet organisiert ist, Neuerungen aufnimmt und auch selbst initiiert.

*Formell* hat sich die GPK schwergewichtig auf die Elemente Rechtmässigkeit und Ordnungsmässigkeit sowie die Organisationsstruktur konzentriert.

#### **Rechtmässigkeit und Ordnungsmässigkeit**

Die Aufgaben werden rechtmässig und ordnungsgemäss erbracht.

#### **Zweckmässigkeit und Effizienz - Effektivität und Zielkonformität**

Nicht vertieft überprüft wurden Abläufe (Prozesse) und somit die Zweckmässigkeit (mit Ausnahme der Organisationsstruktur), die Effizienz sowie die Effektivität und Zielkonformität.

Gerade weil die kantonale Fachaufsicht im Sozialbereich und die Mitwirkung des Verbandes solothurnischer Einwohnergemeinden (VSEG) ausgeprägt ist, erübrigt sich eine einlässliche Überprüfung. Ein Blick in das Sozialhilfemonitoring und die Resultate des Benchmark-Monitorings des VSEG zeigen, dass die Leistungen der SDOL aus Sicht der Aufsichts- und Mitwirkungsinstanzen anstandslos und in einzelnen Bereichen auch beispiel- und pionierhaft erbracht werden.

#### **Kernempfehlungen**

*Erstens* ist das Modell info&intake konsequent umzusetzen, namentlich ist der Ansatz des Testarbeitsplatzes beizubehalten.

*Zweitens* ist politisch darauf hinzuwirken, dass auch interventionistische und überwachende Massnahmen angewendet werden können, um Sozialhilfemissbrauch und -betrug zu minimieren.

*Drittens* ist eine *Gesellschaftsstrategie* zu formulieren, welche alle Bereiche der sozialen Sicherheit und Gesundheit umfasst (Entwurf liegt SDOL intern vor)

*Viertens* wird empfohlen, alle Bereiche der sozialen Sicherheit und Gesundheit in einer Organisationseinheit zusammenzufassen, welche die Leistungen entweder selbst erbringt oder als «Dreh-scheibe» für gesellschaftliche und soziale Angebote (Leistungsvereinbarungen, Private) wirkt.

# 1. Auftrag

## 1.1. Zweck, Aufgaben und Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission GPK

Die Geschäftsprüfungskommission GPK soll zur ordnungsgemässen und wirksamen Verwaltungsführung beitragen und das Vertrauen der Bevölkerung und des Gemeinderats in eine verlässliche Verwaltungsführung stärken oder gar Verbesserungen in der Verwaltung erreichen.

Gegenstand der Geschäftsprüfung ist die ordnungsgemässe Geschäftsführung nach den Kriterien der **Rechtmässigkeit, der Zweckmässigkeit, der Effektivität und der Zielkonformität**.

**Nicht von der GPK überprüft wird die Geschäftsführung von Verwaltungsbereichen, soweit diese der direkten Fachaufsicht durch eine kantonale Behörde unterstehen.**

Rechtlich lässt sich die GPK hauptsächlich leiten von dem in der Gemeindeordnung niedergelegten Zweck einer Gemeinde und deren Aufgaben:

### § 1 Geltungsbereich und Zweck

Diese Gemeindeordnung regelt:

- a) den Bestand und die Aufgaben der Gemeinde;
- b) die Rechtsstellung der Gemeindeangehörigen;
- c) die Organisation;**
- d) den Finanzhaushalt;
- e) das Beschwerderecht.

### § 3 Aufgaben

1 Die Aufgaben der Stadt Grenchen ergeben sich aus der Gemeindeautonomie und der eidgenössischen und kantonalen Verfassungs- und Gesetzgebung.

2 Die Stadt Grenchen

- a) regelt die Organisation und bestellt die Behörden und Verwaltungsorgane;
- b) hält die öffentliche Sicherheit aufrecht;
- c) bietet eine den Fähigkeiten und Neigungen der Kinder entsprechende Bildung (Unterricht) an;
- d) unterstützt ideelle und kulturelle Tätigkeiten sowie Freizeitaktivitäten;
- e) fördert die Gesundheit der Einwohner und Einwohnerinnen;
- f) sorgt für die öffentliche Wohlfahrt und soziale Sicherheit;**
- g) erstellt und unterhält eine Infrastruktur, welche die Energieversorgung und die Entsorgung sicherstellt;
- h) schützt die Umwelt und verwirklicht eine Raumordnung, welche den Boden haushälterisch nutzt;
- i) trifft Massnahmen, welche die kommunale Volkswirtschaft stärken;
- j) strebt einen ausgeglichenen Finanzhaushalt an;
- k) informiert aktiv über Belange der Stadt, welche die Öffentlichkeit betreffen.

Zweck, Aufgaben und Befugnisse der Geschäftsprüfungskommission GPK dürfen mittlerweile als bekannt vorausgesetzt werden; weitere Ausführungen zum Auftrag erübrigen sich.

# 2. Ausgangslage

Die Stadt Grenchen ist Leitgemeinde der Sozialen Dienste Oberer Leberberg (SDOL). Sie SDOL haben den Auftrag, die gesetzlich verankerten Aufgaben im Rahmen der sozialen Sicherheit zu gewährleisten. Drei Kernbereiche gehen auf spezifische Anliegen der Bevölkerung ein:

- Sozialdienst
- Kindes- und Erwachsenenschutz
- Sozialversicherungen (AHV-Zweigstelle)

Die Sozialregion Oberer Leberberg umfasst die Einwohnergemeinden Grenchen, Bettlach, Selzach und Lommiswil. Die Leitgemeinde Grenchen führt im Auftrag der Sozialregion die Sozialen Dienste Oberer Leberberg. Die Sozialen Dienste Oberer Leberberg sind somit eine 100%ige Abteilung der

Stadtverwaltung Grenchen, auch wenn die begleitende Sozialkommission aus Vertretungen aller beteiligten Einwohnergemeinden zusammengesetzt ist.

Als kommunale Abteilung obliegen dem Sozialdienst aber noch weitere Aufgaben, zB:

- Alter -> Leitbild
- Spitex
- Gesundheitsprävention

Die heutige Organisation ist das Resultat aus einem Überprüfungs- und Planungsauftrag des Gemeinderates. Basis war ein Bericht der Firma implement vom November 2016 zur Organisationsüberprüfung der SDOL mit der daraus resultierenden «Menükarte» mit 10 Optimierungsmassnahmen. Mit GRB Nr. 2268 vom 19. September 2017 hat der Gemeinderat festgelegt, dass die sozialen Dienste Oberer Leberberg SDOL im zweiten Halbjahr 2018 eine konkrete **Umsetzungsplanung** zur Neuorganisation der sozialen Dienste Oberer Leberberg SDOL mit Kostenfolgen vorzulegen haben.

Menüplan: Mögliche Massnahmen	
•	<b>Sozialdienst &amp; KES:</b> Etablieren eines <i>Bereichs «Prävention &amp; Information»</i> inkl. niederschwelliger Anlaufstelle «Sozialinfo Grenchen» gemeinsam mit dem Netzwerk Grenchen (und ggf. weiteren Partnern)
•	<b>Sozialdienst &amp; KES:</b> <i>Räumliches Zusammenrücken</i> der SDOL mit dem Netzwerk Grenchen
•	<b>Sozialversicherungen:</b> Prüfen einer räumlichen und organisatorischen Integration mit Pro Senectute (und evtl. später auch Pro Infirmis); <i>«One-Stop-Shop» für Betagte</i> (und evtl. später auch für Beeinträchtigte)
•	<b>Sozialhilfeprozesse:</b> <i>Konsequentes Entflechten und Neukoppeln</i> der inhaltlich-strategischen Beratungs- und der operativen Administrationsprozesse
•	<b>Sozialhilfeprozesse:</b> <i>Etablieren eines Bereichs «administrative Fallbegleitung»</i> unter eigener Leitung mit klarem Fokus auf Effizienz und Rechtskonformität (neben der inhaltsorientierten strategischen Fallsteuerung durch SA)
•	<b>Sozialhilfeprozesse:</b> <i>Strategisches Fokussieren der verfügbaren Kapazitäten</i> im Bereich der strategischen Fallsteuerung auf ausgewählte Klientensegmente
•	<b>Sozialinnovationen und -investitionen:</b> Etablieren von strategischen Wirkungspartnerschaften mit Privatakteuren und Einrichten innovativer Finanzierungsinstrumente – idealerweise auf kantonaler Ebene
•	<b>Management &amp; Governance:</b> <i>Gezielter Ausbau der Managementkapazität</i> innerhalb der SDOL-Leitung (Schulung, personelle Verstärkung, Entwicklung von Managementpraktiken, gezielte Nachfolgeplanung)
•	<b>Management &amp; Governance:</b> <i>Prüfen der Verselbständigung der SDOL</i> und/oder der organisatorischen Integration mit dem Verein Netzwerk Grenchen
•	<b>Management &amp; Governance:</b> <i>Prüfen von Fusionen mit Nachbarregionen</i> (jedoch erst nach abgeschlossener Neuaufstellung)

Für die Umsetzungsplanung wurde eine Projektorganisation mit politischem Leitorgan, Fachausschuss und Projektgruppe eingesetzt. Der Schlussbericht des Leitorgans lag am 26. September 2018 vor (*Bericht bei den Unterlagen GPK*) und umfasste konkrete Massnahmen zu folgenden Kernpunkten:

<b>A</b>	Organisationsform (Verselbständigung) und Grösse der SDOL sowie allfällige Partnerschaften oder Fusionen
<b>B</b>	Fokussierung der KES
<b>C</b>	Niederschwellige Anlaufstelle im Sozialbereich
<b>D</b>	Ausgestaltung der Zweigstelle AHV/IV/EL (Sozialversicherungen)
<b>E</b>	Segmentierung der Sozialhilfe
<b>F</b>	Überprüfung der bestehenden Dossiers und Installierung eines verstärkten internen Kontrollsystems (IKS)
<b>G</b>	Digitalisierung und digitale Transformation im Sozialbereich

<b>H</b>	Interdisziplinäre Zusammenarbeit
<b>I</b>	Sozialhilfemissbrauch
<b>J</b>	Präventionsmassnahmen
<b>K</b>	Einbindung privater Geldgeber (Stiftungen) beim Erbringen sozialer Dienstleistungen
<b>L</b>	Räumliches und organisatorisches Zusammenrücken der SDOL mit dem Netzwerk Grenchen
<b>M</b>	( Nachfolgelösung im Hinblick auf die Pensionierung des bisherigen Stelleninhabers )- Wohl wieder aktuell mit der zwischenzeitlichen Kündigung des jetzigen Stelleninhabers

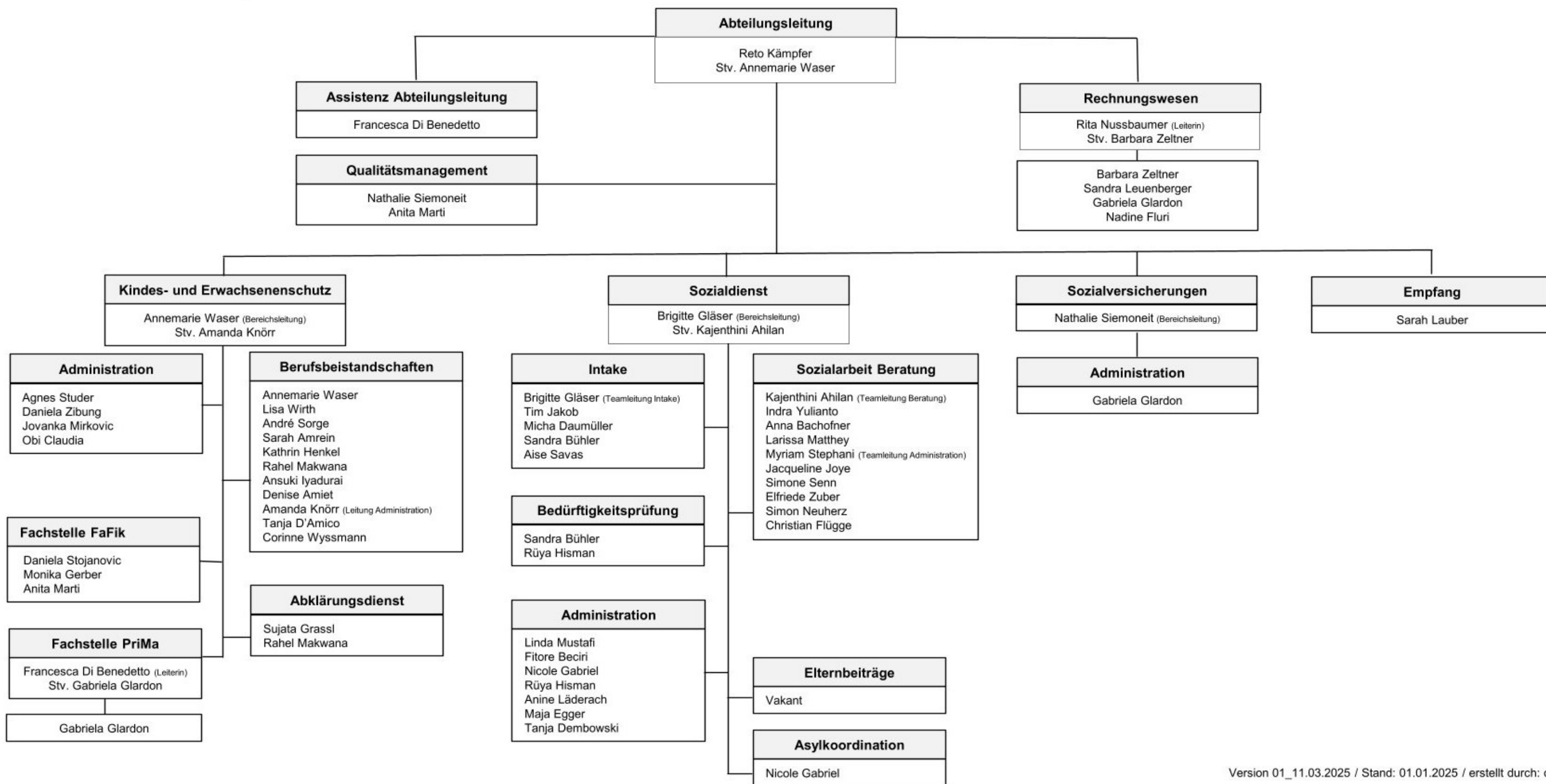
Der Gemeinderat beschloss am 4. Dezember 2018 die Umsetzung.

Im Hinblick auf seine Pensionierung legte der damalige Leiter des SDOL einen Statusbericht per 30. September 2019 über die Umsetzung der vom Gemeinderat beschlossenen Massnahmen vor.

Das aktuelle Organigramm liest sich wie folgt:



# Organigramm SDOL



## 3. Umfang der Überprüfung und Vorgehen

### 3.1. Umfang

Aufgrund der umfassenden Reorganisation der SDOL in den Vorjahren beschränkte sich die GPK auf die Prüfung des nunmehrigen Status der vom Gemeinderat am 4. Dezember 2018 beschlossenen Umsetzungsmassnahmen.

Die *inhaltliche* Überprüfung entfällt, weil die Aufgabenerfüllung der Kernaufgaben der direkten Fachaufsicht durch eine kantonale Behörde (Amt für Gesellschaft und Soziales) untersteht -> zB regelmässiges [Sozialhilfereporting](#). Die Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) sind mit wenigen Ausnahmen verbindlich. Detaillierte Angaben zur Abwicklung der Sozialhilfe, inkl. Asyl finden sich zudem im kantonalen -> [Sozialhilfehandbuch](#). Zudem erstellt der Verband solothurnischer Einwohnergemeinden (VSEG) vor allem auch im Zusammenhang mit der Sozialhilfe (kommunales Aufgabenfeld) einen Benchmark aller Sozialdienste des Kantons Solothurn und entwickelte zB einen harmonisierten und standardisierten Fallführungsprozess.

#### Mehrwert des Benchmarking Sozialregion

Aufgrund von Effizienz-, Produktivitäts- und Qualitätskennzahlen sollen folgende Ziele anvisiert werden

- Transparenz zur Effizienz auf vergleichbarer Basis
- Strukturierter Analyse und Austauschprozess
- Dynamik und Anreizmodell des Lastenausgleichssystems
- Evidenzbasierte Diskussion zur optimalen Dimensionierung der Sozialregionen
- Prüfung der Hypothese bezüglich dem Zusammenhang Fallbelastung zu Reintegrationsquote

Ein Blick in das Sozialhilfemonitoring und die Resultate des Benchmark-Monitorings des VSEG zeigen jedoch, dass die Leistungen aus Sicht der Aufsichts- und Mitwirkungsinstanzen anstandslos und in einzelnen Bereichen beispiel- und pionierhaft erbracht werden.

Kein Überprüfungsgegenstand war das «netzwerk», das seine Aufgaben im Rahmen eines Vereins, dem zwar die gleichen Einwohnergemeinden angehören, wie der SDOL, eigenständig erbringt. Verwiesen wird auf die Website -> [«netzwerk»](#) und den -> [Leistungsbericht 2024](#). Dabei ist nicht auszuschliessen, dass die GPK zu einem späteren Zeitpunkt die gewollte enge Zusammenarbeit unter einheitlicher und gemeinsamer Führung und die angestrebten Synergieeffekte, sowie die Schnittstelle zu einer weiteren Firma «Pro Work» näher betrachten wird.

### 3.2. Vereinfachte Prüfmatrix

A Rechtsgrundlagen - Organisation - Organigramm - Führung - Personal - Administration - Finanzen			
• Schnittstelle Netzwerk - Schnittstelle Pro Work (nicht geprüft)			
B Sozialdienst	C Kinder- und Erwachsenenschutz	D Sozialversicherungen	E Weitere Aufgaben
<ul style="list-style-type: none"> <li>• Intake -&gt; Arbeitsintegration</li> <li>• Sozialhilfe</li> <li>• Asyl</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Kinder und Jugendliche</li> <li>• Erwachsene</li> <li>• Beistandschaften</li> <li>• PriMa / Berufsbeistand</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Zweigstelle <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ AHV</li> <li>▪ IV</li> <li>▪ Ergänzungsleistungen</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Alter -&gt; Leitbild</li> <li>• Spitex</li> <li>• Prävention?</li> <li>• Schulsozialarbeit?</li> <li>• Weitere?</li> </ul>

*Formell* hat sich die GPK schwergewichtig auf die Elemente Rechtmässigkeit und Ordnungsmässigkeit konzentriert, soweit nicht ohnehin die kantonale Fachaufsicht greift.

Nicht vertieft überprüft wurden Abläufe (Prozesse) und somit die Zweckmässigkeit (mit Ausnahme der Organisationsstruktur), die Effizienz sowie die Effektivität und Zielkonformität. Auch hier greift vor allem die kantonale Fachaufsicht und die Absprachen/Benchmark der Organe des VSEG.

### 3.2. Vorgehen

Die GPK wählte folgendes Vorgehen:



## 4. Vorbereitung Phase 1

Als Basis orientierte sich die GPK hauptsächlich an

- einer thematischen Internet-Recherche und Vergleichen mit anderen Gemeinwesen und insbesondere an Dokumenten und Unterlagen der kantonalen Fachaufsicht und des VSEG
- den Verwaltungsberichten 2022/2023, Entwurf Verwaltungsbericht 2024
- der Selbstdeklaration 2022 der Abt (Unterlagen GPK - nicht öffentlich)
- Organisationsregelungen der geltenden Gemeindeordnung vom 16. Februar 1993 (Fassung vom 20. Juni 2023; BRS 100; GO)
- einschlägigen Beschlüssen des Gemeinderates und entsprechenden Vorlagen
- weiteren Grundlagen und Dokumenten
  1. Organigramm/e
  2. Aufgaben- und Stellenbeschriebe
  3. Funktionendiagramm, Stellvertretung, Kompetenzregelungen (in Abgrenzung zu den Abteilungen und anderen Dienststellen), Unterschriftenregelung
  4. Weitere Dokumente, soweit vorhanden und eingereicht

## 5. Start - Vorstellung - Befragung – Berichtverfassung Phase 2

### 5.1. Vorankündigung

Die Überprüfung wurde mit Schreiben vom 28.01 2025 vorangekündigt (GPK - Akten – nicht öffentlich)

### 5.1. Vorstellung - Allgemein

An der Start- und Vorstellungssitzung vom **12.03.2025** nahm Reto Kämpfer, Leiter SDOL, teil und erläuterte die Aufgaben und Strukturen der Abteilung (Vorankündigung vom 28.01 2025/ Sitzungsprotokoll/Aktennotiz GPK - nicht öffentlich). Die GPK erläuterte das Verfahren.

### 5.2. Befragung

Die GPK befragte den Abteilungsleiter gleich nach der Vorstellung seines Aufgabengebietes an ihrer Sitzung vom **12.03.2025** mit generellen Fragen zu seinem Aufgabengebiet (Resultate ergeben sich aus dem Sitzungsprotokoll/Aktennotiz - nicht öffentlich).

Am **20. Mai 2025** fand ein Rundgang durch die Räumlichkeiten der SDOL statt mit weiteren Erläuterungen auf Fragen der GPK. Das Ergebnis wurde in einer Besprechungsnotiz festgehalten (Unterlagen GPK - nicht öffentlich).

### 5.3. Berichtverfassung

Im Juni – August 2025 (ferienbedingte Verzögerung) wurde der Berichtsentwurf verfasst und in der GPK besprochen.

## **6. Stellungnahme Stadtpräsident und Leiter SDOL** *Phase 3*

Die GPK stellte diesen Bericht dem Stadtpräsidenten und dem Leiter Soziale Dienste (SDOL) am 3. September 2025 vor.

### *Allgemein*

Der Bericht wurde - wie die vorgängigen andern Berichte - grundsätzlich begrüsst, da er eine "Aus-sensicht" auf die Organisation der Sozialen Dienste SDOL ermögliche.

Wie bei den vorangegangenen Überprüfungen liegt es in der Natur der Sache, dass die Verantwortlichen der städtischen Verwaltung einzelne Punkte aus einem anderen Blickwinkel betrachten.

Im Wesentlichen sind die Verantwortlichen aber mit den vorgeschlagenen Empfehlungen einverstanden, deren Umsetzungen und politische Machbarkeit näher geprüft werden müssten.

Abweichende inhaltliche oder sprachliche Auffassungen wurden im Eilvernehmen direkt im Bericht bereinigt.

### *Einzelner Bereich: Gesellschaftsstrategie*

Einvernehmlich wurde festgelegt, eine weitere Empfehlung aus dem Fazit **E2** aufzunehmen mit dem Ziel, eine Gesellschaftsstrategie zu formulieren, welche alle Bereiche der sozialen Sicherheit und Gesundheit umfasst (Entwurf liegt SDOL intern vor).

Das Resultat der gemeinsamen Besprechung ergibt sich aus der nachfolgenden Würdigung.



## 7. Würdigung - Fazit und Empfehlungen *Phase 4*

### "6 - Punkte-Plan"

#### Vorbemerkung

Die Würdigung basiert auf dem Statusbericht SDOL per 30. September 2019 und den dem Gemeinderat am 4. Dezember 2018 vorgelegten Massnahmen A-M.

#### A. Rechtsgrundlagen – Organisation - Organigramm – Führung - Personal – Kommunikation – Digitalisierung – Zusammenarbeit - Administration - Finanzen

##### Fazit

**A1 Rechtsgrundlagen** Die GPK stellt fest, dass die Sozialen Dienste die Aufgaben rechtmässig und ordnungsgemäss erbringen.

Eine Durchsicht der wesentlichen Reglemente und Unterlagen, welche für Sozialbereich gelten, sind nachgeführt.

##### **A2 Organisation**

Das Leitgemeindemodell hat sich als schlankes Modell bewährt. SDOL hat die optimale Grösse. Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden Selzach, Lommiswil und Bettlach ist gut. Die Idee der Verselbstständigung der SDOL ist daher gegenwärtig nicht weiterzuverfolgen.

Die Zusammenarbeit mit der regional zusammengesetzten Sozialkommission und allfällige Vorbereitungen zuhanden des Gemeinderates laufen gut. Von Vorteil ist, dass auch Gemeinderats-Mitglieder in der Sozialkommission vertreten sind. Ein Pflichtenheft wurde erstellt, in dem Aufgaben und Kompetenzen der Sozialkommission geregelt sind. Kantonal gibt es zwei Konferenzen: die Fachkonferenz der Sozialleitenden und eine politische Konferenz, in der über den VSEG die politischen Träger/innen der Sozialdienste vertreten sind.

**A3 Organigramm:** Das Organigramm ist vorbildlich strukturiert.

**A4 Raum:** Das räumliche und organisatorische Zusammenrücken der SDOL mit dem Netzwerk ist erfolgreich umgesetzt.

**A5 Führung – Personal:** Im Rahmen dieser Überprüfung geht es nicht darum, Führungsverhalten und allfällige Befindlichkeiten bei den Mitarbeitenden zu ergründen. Vielmehr beschränkt sich die GPK auf eine strukturelle Betrachtungsweise.

Nach Feststellungen der GPK hat sich die gemeinsame Führung der SDOL und des Netzwerkes Grenchen bewährt. Nach der zwischenzeitlichen Kündigung des jetzigen Stelleninhabers wird empfohlen, die Stelle in gleicher Art und Weise wiederzubesetzen.

Im Rahmen der Personalführung scheinen sich zwei Konflikte mit dem Personalamt zu ergeben, die noch ungelöst ist. Zum einen die Regelung des Home-Office und zum anderen eine mögliche Co-Leitung von Organisationsbereichen innerhalb der SDOL.

*Home-Office:* Was die Zulässigkeit und den Umfang des Home-Office betrifft, ist auf eine einheitliche Lösung innerhalb der Stadtverwaltung zu drängen, idealerweise im Rahmen eines vom Gemeinderat zu erlassenen Reglements (*zwischenzeitlich von der GRK erlassen*).

*Co-Leitungen:* Ein/e moderne/r Arbeitgeber/in zeigt sich grundsätzlich offen gegenüber diesem Führungsmodell (vgl. aktuell Co-Leitungen von Schulkreisen). Letztlich ist es nichts anderes als Teilzeitarbeit bzw. Stellenteilung in einer Leitungsfunktion statt in der Sachbearbeitung. Dabei sind die Grenzen gerade in kleineren Bereichen fließend, da die Stelleninhaber/innen nicht nur leiten, sondern auch Sachbearbeitung machen. Nach Auffassung der GPK liegt es in der Organisationsfreiheit der Abteilungsleitung, solche Co-Leitungen innerhalb der Abteilung zu installieren. Vorausgesetzt wird selbstverständlich, dass Co-Leitungen kostenneutral umgesetzt werden. Anders verhält es sich mit geplanten Co-Leitungen von Abteilungsleiter/innen, die vom Gemeinderat angestellt werden. Hier obliegt es dem Gemeinderat als Anstellungsinstanz, Co-Leitungen zuzulassen oder abzulehnen.

Die Stellvertretung einzelner Funktionen ist konsequent geregelt.

Die Unterschriftenregelung ist nachvollziehbar verschriftlicht.

Offensichtlich nehmen auch im Sozialbereich Aggression, Gewaltbereitschaft und Beschimpfung von Mitarbeitenden durch Klienten und Klientinnen «extrem» zu. Im Rahmen der Personalführung wurden die entsprechenden Massnahmen eingeleitet (Sicherheit am Arbeitsplatz, Weiterbildung, Besprechung von Vorfällen, Meldung von Gefährdern oder Gefährderinnen an die Polizei Kanton Solothurn -> [Bedrohungsmanagement](#)).

**A6 Kommunikation:** Die Kommunikation nach aussen erfolgt stufengerecht.

**A7 Digitalisierung und digitale Transformation im Sozialbereich:** Der Weg der Digitalisierung wird vorbildlich beschritten. Mit dem Umzug der SDOL wurden alle Sozialhilfedossiers digitalisiert. Die vorgeschlagene Arbeitsgruppe wurde nicht eingesetzt, welche die «Digitalisierung und Automatisierung» der Prozesse der SDOL vorantreiben, Anforderungsprofil definieren und den Anbieter der Software evaluieren sollte. Die Idee war, das Vorgehen zwingend mit den Bestrebungen der städtischen Verwaltung Grenchen, der Sozialregionen, des VSEG und der kantonalen Verwaltung zu koordinieren, um eine weitgehend vereinheitlichte IT-Lösung zu erreichen, zumindest aber Schnittstellen zwischen unterschiedlichen Systemen und Lösungen kompatibel auszugestalten.

Es wird weiterhin mit «KLIBnet» gearbeitet, welches vom Kanton vorgegeben ist. Der Nachteil dieses Programms ist, dass es die Abläufe nicht volldigital integriert. Es kommt zu Medienbrüchen. Papier «läuft mit», bis das Papier eingescannt ist oder der Prozess beendet ist; erst dann wird das Papier geschreddert. Es gibt auf diesem Gebiet zwei Programme in der Schweiz, sie sind grundsätzlich tauglich, aber aufgrund der technologischen Entwicklung veraltet. In den nächsten 3-5 Jahren soll ein neues Programm entwickelt werden. Zahlungsläufe sind aber digital.

Für die den Datenschutz und die Datensicherheit legt der Leiter SDOL «die Hand ins Feuer». Die Sicherheit von Daten ist gewährleistet. Die Datenablage funktioniert über einen physischen Server der Stadt Grenchen, keine Cloud. Diese Darstellung wurde vom Bereich Informatik (E-Mail Thomas Herren vom 03.07.2025) bestätigt.

**A8 Interdisziplinäre Zusammenarbeit:** Vor allem im Zusammenhang mit sozialen Leistungen erschweren Daten- und Persönlichkeitsschutz oft adäquate Leistungen für Menschen in Not oder mit Verhaltensauffälligkeiten, oder verhindern, dass Sozialhilfemissbrauch oder Veruntreuungen im Kinder- und Erwachsenenschutz rechtzeitig aufgedeckt werden kann

Es besteht noch keine standardisierte Form der konsequenten Zusammenarbeit und des erleichterten Datenaustausches. Es ist zu prüfen, wie die Zusammenarbeit insbesondere zwischen Sozialbehörden, Steuerbehörden Gesundheitsdienstleistenden und der Polizei intensiviert und der Datenaustausch erleichtert werden kann. Innerhalb der SDOL ist insbesondere zu klären, wie die beteiligten Einwohnergemeinden - aufgrund räumlicher und sozialer Nähe - im Einzelfall in die Entscheidungsfindung einbezogen werden können.

**A9 Administration – Finanzen:** Aufgrund einer nur stichprobenweisen Durchsicht sind Administration und Finanzen gut organisiert, die Abläufe sind dokumentiert und werden ordnungsgemäss erbracht.

### Empfehlungen

1. Nach der zwischenzeitlichen Kündigung des jetzigen Stelleninhabers wird empfohlen, die Stelle in gleicher Art und Weise wiederzubesetzen.
2. Den Besonderheiten von Sozialen Diensten ist mit flexiblen Arbeitszeitregelungen im Rahmen der Personalordnung Rechnung zu tragen.

## B Sozialdienst

### Fazit

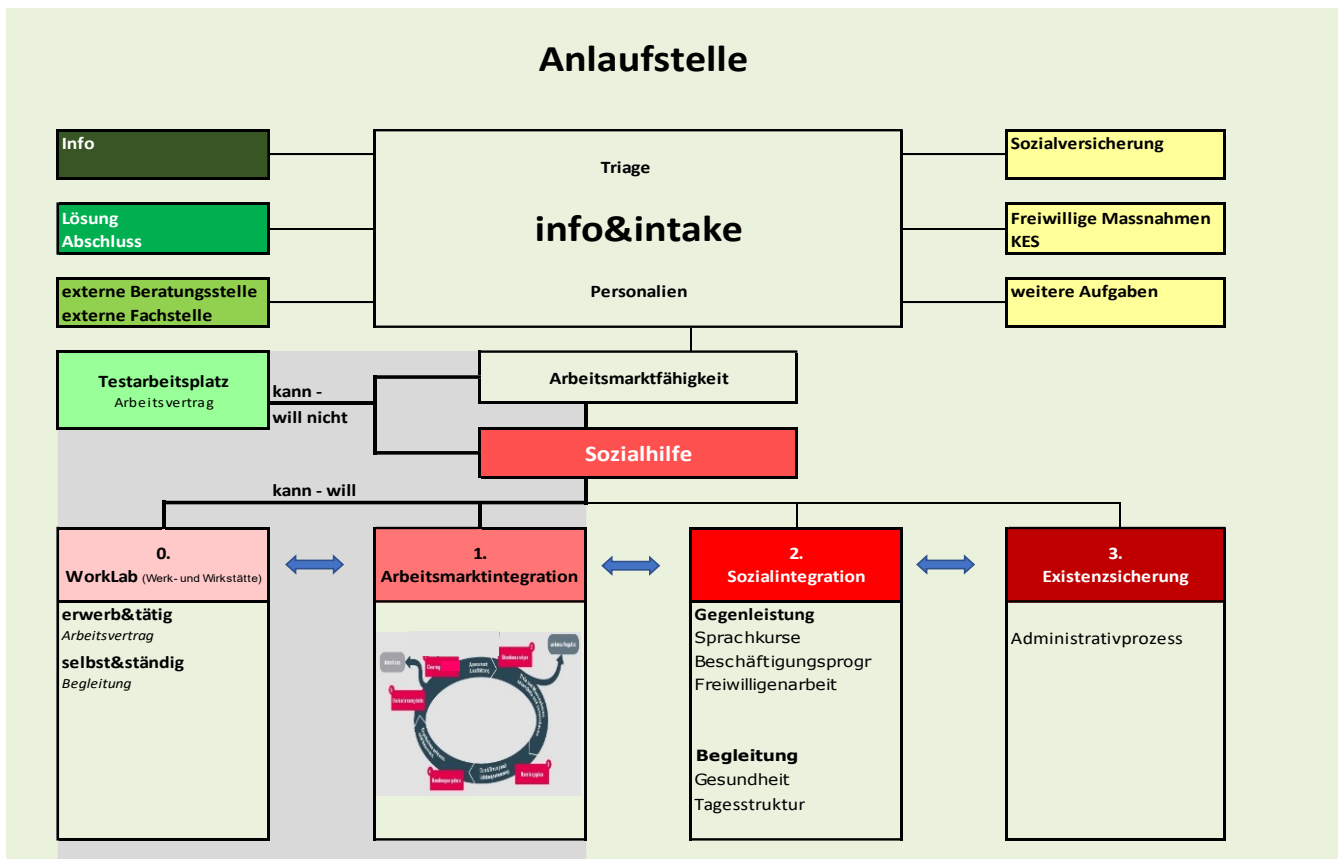
**B1 «info&intake» - Niederschwellige Anlaufstelle** Unter dem Namen «info&intake» wurden - ähnlich einem «Hausarztmodell» - Menschen, die um soziale und wirtschaftliche Unterstützung nachsuchen, zuerst Information, Beratung, erste Klärung und Unterstützung zu ihrem Problem angeboten. Geht es um Sozialhilfeleistungen, soll nicht die Geldleistung (materielle oder wirtschaftliche Sozialhilfe), sondern die Arbeitsmarktfähigkeit und das Gegenleistungsprinzip im Vordergrund stehen. Vereinfacht ausgedrückt geht es vorerst nicht um die Frage: «Wie hoch soll denn die Sozialhilfeleistung sein?», sondern verstärkt um Fragen: «Wie können wir Ihnen behilflich sein, Ihr Problem zu lösen – und sind Sie bereit, selber etwas zur Lösung beizutragen?».

Das «info&intake» wurde per 1. Oktober 2018 - bis 31. Dezember 2018 als Versuch - dann definitiv eingeführt und hat sich bewährt. Mit der Integration der Aufgaben des früheren «Arbeitsamtes» und des Angebotes von «netzwerk» ist das «info&intake» zu einem Erfolgsmodell geworden. Die Wirkung lässt sich mit einer einfachen statistischen Auswertung darstellen.

Zentrales Element dieses Modells ist ein Angebot an Testarbeitsplätzen. Wird ein Testarbeitsplatz abgelehnt oder vorzeitig verlassen, wird in der Regel keine Sozialhilfe ausbezahlt. Die Statistik zeigte in Vorjahren Erfolge. Auffallend war, dass sich rund 40% der zugewiesenen Personen nicht mehr meldeten oder keinen Vertrag unterschrieben; dies mit der Folge, dass sie keine Sozialhilfe erhielten, bzw. gar keine Sozialhilfeleistung mehr geltend machten.

Momentan ist aber aufgrund der guten Arbeitsmarktlage die Zahl von Menschen, welche um Sozialhilfe nachsuchen, obwohl sie arbeitsfähig wären, zurückgegangen.

Ein Problem bleibt aber bestehen: Zugewiesene Personen können sich immer noch zu einfach mit einem Arztzeugnis einer Arbeitsmassnahme oder einer spezifischen Massnahme entziehen. Kantonal ist erkannt, dass es eine Gesetzesgrundlage braucht, welche auch in der Sozialhilfe ermöglicht, eine ärztliche Zweitmeinung einzuholen oder einen Vertrauensarzt beizuziehen. Zudem kann mittlerweile ein detailliertes «Arbeitsfähigkeitszeugnis» verlangt werden, um zumindest zu ergründen, ob eine Person eine volle Arbeitsunfähigkeit oder eine Teilarbeitsfähigkeit hat. Aus Datenschutzgründen lässt sich nicht erheben, ob es häufig die gleichen Ärzte/Ärztinnen sind, welche die «Zeugnisse» ausstellen.



**B2 Segmentierung der Sozialhilfe:** Namentlich dort, wo sich «nur» wirtschaftliche Hilfe aufdrängt, übernimmt die administrative Sachbearbeitung (kaufmännische Grundausbildung) neben den unterstützenden Office-Aufgaben neu auch die materielle/wirtschaftliche Hilfe, aktualisiert die Unterstützungsbudgets und löst die Zahlungen aus. Sie steht in intensivem Kontakt einerseits mit den Klient/innen, was die gesamten Fragenstellungen der materiellen Hilfe betrifft, inklusive der laufenden Prüfung subsidiärer Ansprüche und der sich ändernden Bedürftigkeit, andererseits mit der Sozialarbeit, um rechtzeitig sozialintegrative Massnahmen einzuleiten oder entsprechende Probleme zu klären. Diese Vorgabe ist erfüllt.

Der Trennung zwischen «sozialarbeiterischer Beratung/Case Management (Sozialintegration)» und «Administrativprozess (wirtschaftliche Hilfe/Grundbedarf)» ist umgesetzt. Insbesondere wurde mittlerweile kantonal die Arbeits- und Sozialintegration vorangetrieben und im Handbuch zur Sozialhilfe umschrieben.

**B3 Überprüfung der bisherigen Sozialhilfedossiers (Bestandeskunden und -klientinnen) - Installation eines verstärkten internen Kontrollsystems (IKS) – Qualitätssicherung:** Eine vorgeschlagene Massnahme war, bestehende Dossiers (Bestandeskunden und -klientinnen) systematisch neu zu überprüfen. Alle bestehenden Dossiers hätten nach einem Prüfraster dahingehend neu beurteilt werden sollen, ob die eingeleiteten Integrationsmassnahmen greifen, ob eine rein wirtschaftliche Sozialhilfe als Existenzsicherung weiterhin gerechtfertigt sei oder ob Gegenleistungen eingefordert werden können. Im Vordergrund stand die Frage nach dem Wollen und Können. Diese Überprüfung wurde nicht in der vorgeschlagenen Form vorgenommen.

Mittlerweile wurde das Prüfraster aber von der kantonalen Aufsichtsbehörde neu konzipiert. Klienten und Klientinnen werden in entsprechende «Segmente» eingeteilt und halbjährlich überprüft. Dossiers wurden revidiert. Ein internes Kontrollsystem (IKS) wurde eingeführt.

Neben dieser inhaltlichen Umsetzung hat sich in finanzieller Hinsicht ergeben, dass die finanzielle Abgeltung der Dossierführung (Verwaltungskosten) – wie bei der KES - zu tief angesetzt ist. Gemeinsam mit dem Verband Solothurner Einwohnergemeinden (VSEG) ist beim Kanton erneut darauf hinzuwirken, die Abgeltung für Dossierführung Sozialhilfe wesentlich zu erhöhen. (Die Abgeltung der Aufwendungen für die Dossierführung (heute CHF 1500.- pro Dossier; Vollkostenrechnung aber CHF 1800.- bis 2200.-; Ø 2000.- pro Dossier) ist ungenügend. Interventionen beim zuständigen Departement des Innern (DdI) scheinen noch nicht gefruchtet zu haben.

**B4 Sozialhilfemissbrauch, -betrug** Der Sozialhilfemissbrauch ist nicht hinzunehmen, auch wenn dessen Bedeutung zahlenmässig zu relativieren ist. Gerade weil aber der Sozialhilfemissbrauch oder -betrug in der Öffentlichkeit grosse Beachtung findet und damit die notwendige Sozialhilfe diskreditiert, sind alle Massnahmen zu treffen, welche einen Sozialhilfemissbrauch oder -betrug minimieren. Für diese Massnahme/n braucht es eine gesetzliche Grundlage

Zwar wird immer wieder auf «softe» Massnahmen verwiesen, wie IKS, regelmässige Überprüfungen der Leistungen, Einladungen zu Gesprächen, Intake, Sozial- und Arbeitsintegration. etc., welche den Sozialhilfemissbrauch oder -betrug minimieren würden. Missbräuche könnten aufgrund qualitativ guter Arbeit erkannt, bzw. verhindert werden.

In Anlehnung an ein Konzept des Verbandes Solothurner Einwohnergemeinden VSEG aus dem Jahre 2015 sollen die Forderungen an den Kanton erneuert werden, im Sozialgesetz die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, Hausbesuche (vor allem vor der ersten Sozialhilfeauszahlung) vornehmen, bei Verdacht Sozialdetektive einsetzen zu können und Vertrauensärzte bei Vorliegen von Arztzeugnissen (Zweitmeinung) beizuziehen sowie den Datenaustausch zwischen beteiligten Stellen, insbesondere der Steuerverwaltung und der Polizei, zu erleichtern. Die Umsetzung verläuft harzig. Zwar ist die Einholung einer ärztlichen Zweitmeinung bei Arbeitsunfähigkeitszeugnissen in einen Gesetzesentwurf aufgenommen worden. Leider wurde darauf verzichtet, eine gesetzliche Grundlage für den Einsatz von Sozialdetektiven - sinngemäss nach der Regelung bei Sozialversicherungen - zu schaffen. Immerhin besteht schon heute die Möglichkeit, bei starken Verdachtsindizien eine externe Beobachtung und Überprüfung anzuordnen. Auch eine Klärung, in welcher Form Hausbesuche - mit Zutrittsrecht zur Wohnung - möglich sind, steht noch aus.

Aufgedeckte Missbrauchsfälle sind konsequent zu ahnden, bei den Polizei-/und Justizorganen anzuzeigen und bei ausländischen Personen konsequent Meldung an die Migrationsbehörden zu erstatten. Nach Aussagen des Leiters SDOL gehört diese Meldung schon bisher zum Standard.

### Empfehlungen

3. Das Modell info&intake ist konsequent umzusetzen, namentlich ist der Ansatz des Testarbeitsplatzes beizubehalten.
4. Politisch ist darauf hinzuwirken, dass auch interventionistische und überwachende Massnahmen angewendet werden können, um Sozialhilfemissbrauch und -betrug zu minimieren.

## C Kinder- und Erwachsenenschutz

### Fazit

**C1 Fokussierung der KESB (Kinder- und Erwachsenenschutz):** Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) ist kantonal geregelt. Die Aufgabenerfüllung erfolgt jedoch in enger Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten der Sozialregionen (Einwohnergemeinden). So treffen die Kinder- und Erwachsenenschutzstellen (KESB) der Sozialdienste vorgängige Abklärungen bevor die KESB

über allfällige Schutzmassnahmen entscheidet. Die KESB der Sozialdienste vollziehen die Entscheidung der KESB und ernennen ua. die Beistände. Die gegenwärtige Organisation der KESB in der SDOL ist zweckmässig organisiert.

Die KESB-Prozesse sind personell konsequent von den Sozialhilfeprozessen getrennt.

Aus kommunaler Sicht ist über den VSEG beim Kanton darauf hinzuwirken, die Abgeltung für die Abklärungen und Beistandschaften über die Dossierführung wesentlich zu erhöhen. So beträgt die Abgeltung der Aufwendungen für die Dossierführung heute CHF 1500.- pro Dossier; während eine Vollkostenrechnung zeigt, dass die Abgeltung gut das Doppelte betragen sollte. Interventionen beim zuständigen Departement des Innern (DdI) scheinen auch hier noch nicht gefruchtet zu haben.

Positiv ist zu würdigen, dass zwischenzeitlich die Kosten der Fremdplatzierungen im Rahmen von Kompensationszahlungen in andern Leistungsfeldern zwischen Kanton und Einwohnergemeinden kantonalisiert werden konnten.

## Empfehlungen

keine

## D Sozialversicherungen

### Fazit

**D1 Ausgestaltung der Zweigstelle AHV/IV/EL (Sozialversicherungen):** Auf der Basis einer Vollkostenrechnung resultierte aus der Erbringung der Dienstleistung ein Defizit für die Sozialregion. In Zusammenarbeit mit der Ausgleichskasse Kanton Solothurn (AKSO) konnte ein Pilotprojekt gestartet werden, bei dem die AKSO als zentrale Anlaufstelle fungiert und der regionale Sozialdienst nur noch «Briefkastenfunktion» wahrnimmt. Wie weit sich dieses Modell längerfristig bewährt hat, kann nicht beurteilt werden. Aktuell scheint die Idee einer zentralen Anlaufstelle wieder fallen gelassen worden zu sein. In Diskussion stehen nun grössere regionale Anlaufstellen. Unabhängig der Organisationsform entpuppten sich die Rückstände bei der AKSO, vor allem bei den Ergänzungsleistungen als grosses Ärgernis. Zum einen stieg die Zahl der Rückfragen markant an, zum andern war und ist die Sozialhilfe als «Überbrückungshilfe» gefordert.

## Empfehlungen

keine

## E Weitere Aufgaben

### Fazit

**E2 Gesellschaftsfragen:** Bereits heute sind die SDOL – bezogen auf Grenchen - Ansprechstelle für Fragen zum Altersleitbild (nicht aber zu generellen Themen des Alters) und zur Spitex (Leistungsvereinbarung). Wie die GPK schon bei der Überprüfung der Stadtkanzlei anregte, ist zu prüfen, einen Bereich Gesellschaftsfragen zu bilden mit den Themen Familie, Kind, Jugend, Alter, Integration (Migration), Gesundheit. Dabei geht es vor allem um die Zuordnung der Bereiche und lässt offen, ob die Leistungen selber erbracht oder ausgegliedert werden. Die «Drehscheibenfunktion» verbleibt bei der Einwohnergemeinde. Es ist eine politische Entscheidung, diesen Bereich als Stabsstelle zu führen oder den Sozialen Diensten zuzuordnen.

Basis könnte ein zu erarbeitendes Konzept mit einer griffigen Sozial-/Gesellschaftsstrategie sein.

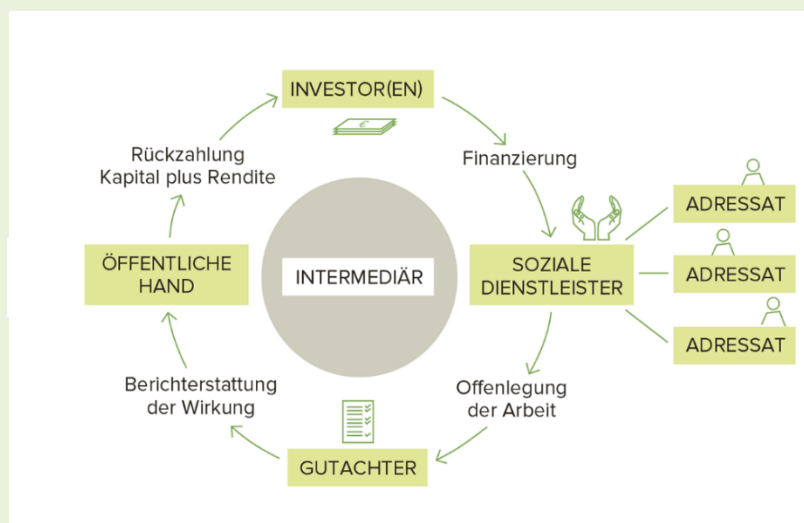


Zum Zeitpunkt der GPK-Überprüfung bestand die Absicht, die Schulsozialarbeit aus der Abteilung Schulen auszugliedern. Unabhängig davon, ob die Schulsozialarbeit nun den Sozialen Diensten zugewiesen oder extern ausgeschrieben wird (Leistungsvereinbarung), wird empfohlen, die Sozialen Dienste als Ansprechstelle/Drehscheibe zu benennen (*zwischenzeitlich hat sich der Gemeinderat anders entschieden und beschlossen, die Aufgabe auszulagern*).

**E1 Präventionsmassnahmen:** In Lehre, Forschung aber auch in der Praxis sind Präventionsmassnahmen die nachhaltigsten Massnahmen, um Folgekosten zu senken. Es bleibt daher zu prüfen, ob im Rahmen der SDOL in Zusammenarbeit mit Privaten vermehrt regionale Angebote zur frühen Förderung und Frühförderung, zur Integration im Zusammenhang mit der Migration, zur Alterspolitik, Pflege und zur Gesundheitsförderung geschaffen werden können (zB auch Finanzierung über die Einbindung privater Geldgeber. Offenbar gab es eine konzeptionelle Vorlage, um eine Präventionsstelle über die Schulsozialarbeit zu schaffen. Die GRK wollte dies vorläufig nicht weiterverfolgen.

**E2 Einbindung privater Geldgeber/innen (Stiftungen) beim Erbringen sozialer Dienstleistungen:** Die Praxis zeigt, dass gerade private Geldgeber zurückhaltend sind bei Projektunterstützungen der öffentlichen Hand. Auch viele Stiftungen haben in ihren Statuten, dass sie nur «private» Projekt unterstützen. Hier kann die Synergie mit dem «netzwerk» genutzt werden, welches als Verein einen erleichterten Zugang hat zu Fördermittel von Privaten.

Spannend wäre, bei neuen Projekten experimentell zu prüfen, ob und wie private Geldgeber/innen - auch aus der Wirtschaft - angesprochen werden können, um die geplanten Projekte über sogenannte soziale Wirkungskredite oder Social Impact Bonds als Risikokapital vorzufinanzieren.



Was kompliziert tönt, wäre zum Beispiel im Rahmen einer universitären oder fachhochschulischen Diplom- oder Masterarbeit zu konkretisieren.

## Empfehlungen

5. Es ist eine Gesellschaftsstrategie zu formulieren, welche alle Bereiche der sozialen Sicherheit und Gesundheit umfasst (Entwurf liegt SDOL-intern vor)
6. Es wird empfohlen, alle Bereiche der sozialen Sicherheit und Gesundheit in einer Organisationseinheit zusammenzufassen, welche die Leistungen entweder selbst erbringt oder als «Drehscheibe» für gesellschaftliche und soziale Angebote (Leistungsvereinbarungen, Private) wirkt.

Freundliche Grüsse

Für die Geschäftsprüfungskommission Grenchen GPK



Marcel Chatelain-Ammeter  
Präsident



Daniela von Büren  
Vizepräsidentin

**Geht an**

Stadtpräsident für sich und zuhanden  
Gemeinderat (Verteiler Stadtkanzlei)  
Stadtschreiber  
Leiterin Stadtkanzlei  
Leiter SDOL  
Mitglieder Sozialkommission SDOL  
Mitglieder GPK  
Sekretariat GPK

per E-Mail